

# Mehr Rückenwind für Mitbestimmungsrechte

„Für eine funktionierende Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern am Wirtschaftsstandort Thüringen sind starke Betriebsräte notwendig, die auf Augenhöhe mit der Arbeitgeberseite verhandeln können“, erklärte der LINKE Landtagsabgeordnete Rainer Kräuter anlässlich der 5. Betriebs- und Personalrätekonferenz, die am 3. Dezember in Erfurt stattgefunden hatte.

„Echte konstruktive Beziehungen zwischen Unternehmensführung und Betriebs- oder Personalrat vermindern innerbetriebliche Konflikte, fördern Innovationsprozesse und stehen für höhere Produktivität. Das alles sorgt für gute Arbeitsbedingungen, die wir in Thüringen benötigen, um für die Beschäftigten attraktiv zu sein“, so der gewerkschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion weiter.

In vielen Gesprächen hat sich der Abgeordnete vom großen Engagement der Betriebs- und Personalräte überzeugen können. Bei aller positiven Entwicklung dürften jedoch nicht die Augen davor verschlossen werden, dass „bei weitem noch nicht in allen Betrieben Betriebsräte vorhanden sind und dort, wo sich diese bilden wollen, teilweise massiver Widerstand durch die Arbeitgeberseite entgegengebracht wird. Amtsenthebungsverfahren und Kündigungen gegen Betriebsräte gehören in die Mottenkiste. Streit muss

sein, aber immer auf Augenhöhe und stets konstruktiv. Dort, wo Beteiligungsrechte verletzt werden, setze ich mich für eine nachhaltige Sanktion gegen die Arbeitgeber ein. In der Entwicklung der Betriebsverfassung gibt es noch viel Luft nach oben. Das muss man dem Bundesgesetzgeber immer und immer wieder sagen. Insoweit danke ich Sandro Witt, dem stellvertretenden DGB-Bezirksvorsitzenden Hessen-Thüringen, für seine klaren Worte, die er in seinem Grußwort an den Bundesgesetzgeber adressiert hat“.

**Die arbeitspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ina Leukefeld, die an der Konferenz teilgenommen hatte, sagte:**

„Mit Freude habe ich zur Kenntnis nehmen können, dass es einen Aufbruch in Sachen Mitbestimmung und gewerkschaftlicher Interessenvertretung in Thüringen gibt. Eine zwar noch geringe, aber wachsende Anzahl von Betriebsräten und ein Generationswechsel der Akteure tragen dazu bei, das Ende der Bescheidenheit einzuläuten. Wir leben in Thüringen aufgrund eines stabilen Arbeitsmarktes in einer Vollerwerbsgesellschaft, die aber noch immer prekär organisiert ist.

Deshalb bleibt die Forderung nach Guter Arbeit, nach einer Begrenzung von Leiharbeit und Werkverträgen, nach einem Ende sachgrundloser Befristungen und ungewollter Teilzeit ein wichtiges Thema der LINKEN. Im Übri-

gen hat es sich als richtig herausgestellt, mit dem Image von Thüringen als Niedriglohnland aufzuräumen. Dabei hat die Durchsetzung des Mindestlohnes geholfen, aber wir werden nicht aufgeben, bis er auch für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie für jede geleistete Stunde Arbeitszeit gilt und schrittweise auch angehoben wird. Die LINKE fordert seit langem eine tarifgebundene Bezahlung und einen Mindestlohn nicht unter 10 Euro.

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag unterstützt die Bemühungen, tarifgebundene Unternehmen zu stärken und den Anteil tarifgebundener Beschäftigter – das ist weniger als jeder zweite in Thüringen – zu erhöhen. Junge Fachkräfte, so wurde wiederholt auf der Konferenz festgestellt, wollen jetzt gute Löhne, mit denen es sich gut leben lässt. Sie sind sich ihrer Fähigkeiten durchaus bewusst und fordern von den Unternehmen angesichts des Fachkräftebedarfes auch aktives Handeln zum Abbau der Lohnunterschiede zwischen Ost und West.

Sie sind bereit, für ihre Rechte zu kämpfen und die LINKE will sie dabei unterstützen. Insofern bleibt Lohngerechtigkeit ein wichtiges Thema und ist entscheidend zur Verhinderung künftiger Altersarmut. Allerdings braucht es dazu engagierte Betriebsräte, hinter denen auch starke Gewerkschaften stehen. Wir haben vor, im kommenden Jahr diesbezüglich eine Initiative im Thüringer Landtag zu starten.“ ■

## Alternative 54 e.V. unterstützt Karateverein Dröbnitz



Über 200 Euro der Alternative 54 e.V., den Zusammenschluss von Abgeordneten der Linksfraktion (und früher der PDS), die seit 1995 einen Teil ihrer Diäten an soziale, kulturelle und ehrenamtliche Vereine sowie Jugendprojekte weitergeben, freut sich der Karateverein Dröbnitz. Im südlichsten Ortsteil von Blankenhain (Weimarer Land) ansässig, ist der Verein seit über 20 Jahren in der Region im Breitensport tätig. In der hoch verschuldeten Gemeinde will er es vielen Interessierten, ein-

schließlich Hartz IV-Empfängern und ihren Familien, ermöglichen, sich sportlich zu betätigen. Deshalb hat sich der Vorstand für sehr niedrige Mitgliedsbeiträge entschieden, der Verein setzt auf Spender und Sponsoren.

Frank Kuschel, Mitglied der Alternative 54, hatte sich erneut für eine Unterstützung eingesetzt. Sie geht diesmal an die Kenko Kempo-Sparte des Kampfsportvereins. Die von Stefan Wogawa trainierte Gruppe betreibt eine spezielle Stilrichtung, die vor allem

für Späteinsteiger, Ältere und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen geeignet ist. Kenko Kempo (frei übersetzt „Weg der Faust für die Gesundheit“) verbindet dazu das Training von Karatetechniken mit Entspannungsübungen aus dem Tai Chi. Der älteste Teilnehmer ist bereits 67! Das erfordert besonders gut ausgebildete Übungsleiter, die sich regelmäßig weiterbilden müssen. Frank Kuschel gehört schon seit 2008 zu den Sponsoren des Karatevereins Dröbnitz. -wo ■

## Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

### Das Jahresletzte

Keine Jahresbilanz, dafür zwei Themen aus dem letzten Monat:

Bei der Stadtratssitzung in Blankenhain verteilte der Bürgermeister das Papier einer „Arbeitsgemeinschaft Selbstverwaltung“. Die ist gegen das Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“ der Landesregierung und verteilt Unterschriftenlisten. Mehr schlecht als recht „argumentiert“ man mit allerlei apokalyptischen Mutmaßungen, vor allem mit Warnungen vor einem angeblichen Ende der „bürgerlichen Selbstverwaltung“, ja einem, so die emsigen Wortakrobaten, „Umpflügen der Demokratie“. Erst auf der Unterschriftenliste wird dann sozusagen die Katze aus dem Sack gelassen. Unterschriftsleistende befürworten nämlich vor allem „die Beibehaltung (...) der Verwaltungsgemeinschaft“. Die Selbstverwalter sind – wen wundert es – eine Art Selbsthilfegruppe der Vorsitzenden von Verwaltungsgemeinschaften. Es geht also um Eigeninteressen.

Im Kreistag Weimarer Land beantragte Dr. Wolfgang Prabel (erst CDU, dann FDP, jetzt AfD) bei der Beratung des Kreishaushalts, die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten abzuschaffen. Rache muss sein, scheiterte die AfD bei der Bundestagswahl doch auch wegen der Ablehnung durch Frauen? Eine große Kreistagsmehrheit lehnte den offenen Aufruf zum Rechtsbruch ab: nach Paragraphen 111 und 33 der Kommunalordnung ist im Kreis deren Bestellung verpflichtend. Auch Prabels weitere Anträge wurden abgelehnt, was ihn wieder etwas geerdet haben dürfte. In den Texten seines an die genormte AfD-Klientel gerichteten Blogs träumt der Weltphilosoph aus Mechelroda, dessen Ingenieurbüro über öffentliche Aufträge nicht zu klagen hatte, schon von der „Revolution“ durch Pegida und philosophiert über eine „Lügenpresse“ sowie „Auflösungserscheinungen der bundesrepublikanischen Gesellschaft“. ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.